

log fundamentaler Kriterien und Aspekte einer christlichen Jugendpädagogik mit der Mahnung zu einer „inklusive Pädagogik“: einer Erziehung, die jede Person und ihre ganze Persönlichkeit einschließt, eine Pädagogik, die nicht nur, wie so oft, durch den Ausschluß bestimmter Gruppen von Jugendlichen und deren Lebensumfeldes funktioniert.

Offenkundig wurde auf dem Kongreß in jedem Fall, wie schwer es ist, über Mentalitäten, kulturelle und spirituelle Prägnungen überhaupt erst eine gemeinsame Sprache zu finden, um gemeinsame oder auch trennende Vorstellungen über den kirchlichen Dienst an der Jugend artikulieren zu können.

In einer Bilanz des Europäischen Kongresses betonte Monsignore Boccardo nicht nur eine spürbare Entwicklung seit dem ersten Treffen: Immer mehr nähme der Respekt und

die Offenheit untereinander zu, wandelten sich die Konfrontation zwischen unterschiedlichen Traditionen, Konzepten und Zielrichtungen innerhalb der europäischen Jugendpastoral zu einem fruchtbaren Austausch, einer wechselseitigen Bereicherung. Das gelte besonders dort, wo die eine Seite erkenne, daß sie in den zurückliegenden Jahren die spirituelle und geistliche Dimension ihrer Jugendarbeit vernachlässigt habe, die andere Seite aber ebenso die gesellschaftliche und politische Aufgabe und Präsenz wertzuschätzen lerne. Für den Leiter der afj, Paul Hüster, bestätigten der Kongreß, die Diskussionen und Auseinandersetzungen, daß eine „versöhnte Verschiedenheit“ innerhalb der Jugendpastoral nicht nur möglich, sondern auch anzustreben ist.

Alexander Foitzik

Modernisierung mit Hindernissen

Frankreichs linke Mehrheit auf der Suche nach dem „dritten Weg“

Anderthalb Jahre ist es her, daß bei vorgezogenen Parlamentswahlen in Frankreich die Linke die Mehrheit in der Nationalversammlung zurückeroberte. Die Gewichte zwischen Präsident und Ministerpräsident haben sich unterdessen zugunsten des letzteren verschoben. Lionel Jospin genießt ein hohes Ansehen, auch wenn die wichtigsten Probleme des Landes ungelöst bleiben.

Während sich in Deutschland nach dem 27. September eine rot-grüne Koalition zusammenfindet und erst noch die politischen Weichen auf Zukunft gestellt werden müssen (vgl. ds. Heft, 552), hat die linke Parlamentsmehrheit in Frankreich den „honey-moon“ ihres politischen Neuanfangs langsam hinter sich. Was unterscheidet die gegenwärtige Regierung von ihrer gaullistischen Vorgängerin unter *Alain Juppé*? Um ein Wort des SPD-Kanzlerkandidaten *Gerhard Schröder* aufzunehmen: Auch Jospin kommt nicht mit dem Gestus daher, er würde alles anders machen. Ob er es tatsächlich besser macht, muß sich in manchen Punkten erst noch zeigen.

Die Bäume der Regierung Jospin wachsen nicht in den Himmel

Jospins erste sozial- und ausländerpolitische Maßnahmen waren vorsichtige Hinweise für ein Umsteuern in Richtung auf mehr Sensibilität für die Schwachen der Gesellschaft. Innerhalb des europäischen Einigungsprozesses setzte er sich für eine größere Aufmerksamkeit für die Sozialverträglichkeit der anstehenden Veränderungen ein.

Jospin verkörpert eine sich betont realistisch gebende Variante sozialdemokratischer Politikansätze – auch wenn man ihm mehr sozialdemokratischen Stallgeruch nachsagt als sei-

nem britischen Amtskollegen und Modernisierer *Tony Blair*. Ob der eingeschlagene Weg tatsächlich die Bezeichnung als „dritten Weg“ verdient? Die alles in allem relativ freundlich gestimmten Wirtschaftsdaten verdecken zur Zeit manche Problemzonen.

Über den Mangel an Spannungen innerhalb der Gesellschaft jedenfalls kann sich auch eine Regierung Jospin nicht beklagen. Die „sans emplois“ (Arbeitslose), „sans domicile fixe“ (Obdachlose) und „sans papiers“ (Einwanderer ohne Aufenthaltsstatus) machten in den vergangenen Monaten wiederholt auf zum Teil äußerst öffentlichkeitswirksame Weise auf ihre schwierige Lage aufmerksam und setzten so die französische Regierung erheblich unter Druck. Die Air-France-Piloten zögerten nicht, ihre quasimonopolistische Stellung ausgerechnet im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft auszunutzen, um den eigenen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Eisenbahner wollten da in den letzten Wochen nicht nachstehen. Die Schüler folgten.

Wenn jedoch die Bäume der Regierung Jospin auch nicht in den Himmel wachsen – große Sorge braucht sich die Regierungsmehrheit derzeit nicht zu machen. Zu den verlässlichsten Daten im politischen Betrieb unseres westlichen Nachbarlandes gehört eine kaum mehr zu überbietende Zerrissenheit der politischen Rechten. Solange diese dermaßen mit sich selbst beschäftigt ist, wie sie dies in den zurückliegenden anderthalb Jahren seit den letzten Parla-

mentswahlen war, dürfte sie selbst bei Sympathisanten und Anhängern im Rufe stehen, schlicht nicht handlungsfähig zu sein.

Es fängt damit an, daß Frankreichs gaullistischer Präsident *Jacques Chirac* eigentlich bis heute hinter dringend benötigten Erfolgen hinterherläuft. Zu den für die bürgerliche Rechte verhängnisvollsten Entscheidungen gehörte die überraschende Parlamentsauflösung im Frühjahr 1997. Nachdem sich die rechtsbürgerliche Regierung unter Alain Juppé, nicht zuletzt bedingt durch den anstehenden europäischen Integrationsprozeß, durch ihren rigiden Sparkurs selbst isoliert hatte, entschied sich der Wähler für eine Parlamentsmehrheit, von der er sich mehr Sensibilität für die dramatischen sozialen Konflikte des Landes erwartete.

Was Chirac eine sichere Ausgangsposition für die weitere Bewerkstelligung verschiedener sozial- und europapolitischer Vorhaben bringen sollte, wurde zum Beginn einer nachhaltigen Erschütterung der gesamten Arbeit der politischen Rechten. Aus einer erdrückenden bürgerlichen Mehrheit, die aus den Wahlen von 1993 hervorgegangen war, wurde eine solide arbeitsfähige linke Mehrheit bei der Wahl zur Nationalversammlung Ende Mai, Anfang Juni 1997. An die Spitze der Regierung trat der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, *Lionel Jospin*, ein Protestant, dem trotz Niederlage gegen Chirac bei den Präsidentschaftswahlen von 1995 ein so durchaus nicht erwarteter Achtungserfolg gelungen war.

Mit Jospin ist gegenwärtig in Frankreich jemand an den Schalthelmen der Macht, dem gerade nicht der Stallgeruch der „politique politicienne“ anhaftet, von der sich die Stimmbürger seit geraumer Zeit angewidert abwenden. Jospin gehört zwar dazu – und ist doch nicht einer von ihnen. Was anderen zum Nachteil gereichen würde, seine Sprödigkeit, wird ihm positiv zugerechnet. In den Augen der Bürger ist die „ehrliche Haut“ Jospin ein gern gesehener Kontrast zu jener Politikerschicht, die – gerade auch im Umfeld von Chirac bleibt dies ein Dauerthema – mit ihrem privaten wie parteipolitischen Finanzgebaren in die Netze der Justiz geraten war.

Die „cohabitation“ hat ihren Schrecken verloren

Was zu Zeiten von Präsident Mitterrand noch als Fehler im System der Fünften Republik galt, nämlich, daß Präsident und Parlamentsmehrheit aus unterschiedlichen politischen Lagern stammen, die viel beschworene „cohabitation“ also, hielt den Wähler jedenfalls 1997 überhaupt nicht ab, einem gaullistischen Präsidenten eine linke Parlamentsmehrheit entgegenzustellen.

Im Gegenteil. Die „cohabitation“ scheint geradezu populär geworden zu sein. Solange man sich noch nicht entschließen konnte, die Amtszeit des Präsidenten von heute sieben Jahren zu reduzieren – was seit langem verlangt wird –, solange wirkt die cohabitation wie ein pragmatisches Gegengewicht zum nicht sehr geliebten Präsidenten. Im Vergleich zur Ära Mitterrand besitzt heute das Palais Matignon, der Sitz des

Premierministers, jedenfalls im Verhältnis zum Elysée, dem Sitz des Staatspräsidenten, höheres Gewicht.

Präsident Chirac muß einige Anstrengungen unternehmen, um das Gesetz des Handelns nicht gänzlich an andere zu verlieren. Im Gefolge der durch den Sieg bei der Fußballweltmeisterschaft im eigenen Land ausgelösten Optimismuswelle (vgl. HK, August 1998, 384f.) versuchte er daher erneut, sich als „Einer“ wenigstens innerhalb seines politischen Lagers zu profilieren. Mit mäßigem Erfolg.

Nicht nur, daß man auf der Rechten durch Affären aller Art angeschlagen ist – kaum einer traut mehr dem anderen über den Weg. Tiefe Zerwürfnisse innerhalb und zwischen den Parteien der Rechten haben sich in den vergangenen Monaten entlang der Frage aufgetan, wie man es mit dem Front National eines *Jean-Marie Le Pen* hält. Die Frage entzündete sich diesmal an der Bereitschaft von Politikern aus dem bürgerlichen Lager, sich von Vertretern des rechtsextremen Front National zu Präsidenten von Regionalparlamenten mitwählen zu lassen.

Nicht als wäre dies zum erstenmal so geschehen: Aber die Haltung zum Front National nimmt in der gegenwärtigen Lage von Staat und Gesellschaft eine zentrale Rolle ein. Nicht nur die höchsten Vertreter der wichtigsten Kirchen und Religionsgemeinschaften Frankreichs haben hier deutliche Worte gefunden, sondern kein geringerer als Präsident Chirac selbst. Die Folge waren Parteiausschlüsse für solche, die sich trotzdem gegen den erklärten Willen ihrer Parteioberen, von Mandatsträgern des Front National mitwählen lassen wollten. Betroffen waren hiervon nicht nur politische Hinterbänkler.

Damit wurden die Oppositionsparteien auf ungewöhnlich drastische Weise auf ihre seit langem bekannten Zerwürfnisse, Empfindlichkeiten und Interessen zurückgeworfen. Die oft wiederholte Ausgrenzung des Front National aus dem Spektrum derjenigen Parteien, die zu den im Prinzip akzeptablen demokratischen Parteien zu zählen sind, forderte nun Konsequenzen. Angesichts der Stimmenverhältnisse kommt dem Front National vielerorts eine Schlüsselstellung bei der Bildung von regierungsfähigen Mehrheiten zu.

Auch wenn das Wählerpotential des Front National nicht ausschließlich der (extremen) Rechten zuzurechnen ist – für die bürgerlichen Parteien geht es hierbei um die Frage, wie sie die Mehrheitsfähigkeit auf absehbare Zeit je wiedergewinnen wollen, wenn sie sich prinzipiell einer Zusammenarbeit mit dem Front National verschließen.

In Momenten wie diesen treten im übrigen die Eigenheiten des französischen Parteiensystems stärker denn je zutage. Im Gegensatz etwa zur gegenwärtig führenden Regierungspartei PS, der Sozialistischen Partei, gibt es auf der Rechten ein Sammelsurium unterschiedlicher Parteien, die in einem schwierigen Gleichgewicht zueinander gehalten sein wollen. Dem noch vergleichsweise kompakten gaullistischen Rassemblement pour la République (RPR), dem auch Chirac entstammt, steht die liberalkonservative Union pour la Démocratie Française (UDF) gegenüber, ein Aktionsbündnis

verschiedener Kleinparteien der bürgerlichen Mitte: Zentristen, Republikaner und andere.

Auch selbst wenn man es in Frankreich gewöhnt ist, Parteien und Parteienbündnisse nach je wechselnden strategischen Bedürfnissen und – nicht zuletzt – persönlichen Ambitionen ihrer Spitzenleute folgend, zurechtzuschneiden: Die überhastet zusammengeschusterte „Alliance pour la France“ scheint noch keine sonderlich befriedende Wirkung zu entfalten, sondern sich eher im undurchsichtigen Gestrüpp der Profilierungsbedürfnisse einzelner und deren Strategieüberlegungen zu verheddern.

Zwischen Ehe und Konkubinat

Seit langem ist in Frankreich Modernisierung angesagt, wobei der Wunsch danach, daß vieles anders werden muß, zuweilen größer ist als die Fähigkeit, ihm auch Taten folgen zu lassen. Zu den Themen, an denen sich in den vergangenen Monaten das Thema Wandel am deutlichsten ablesen läßt, gehört das, was man jenseits des Rheins hinter der Abkürzung PACS versteckte, der „pacte civil de solidarité“.

Hinter dieser umständlichen Bezeichnung verbirgt sich nichts anderes als der Versuch, die Gesetzeslücken bezüglich der *nichtehelichen Lebensverhältnisse* zu schließen. Das Gesetzesvorhaben ist der vorläufige Schlußpunkt einer bereits über Jahre sich erstreckenden Diskussion. Was zunächst nur auf homosexuelle Paare zielte, weitete sich in der Zwischenzeit aus auf heterosexuelle wie homosexuelle nichteheliche Lebensgemeinschaften. Dabei herausgekommen ist eine Art Zwischeninstitution zwischen Ehe und Konkubinat, die einen begrenzten rechtlichen Schutz bieten soll.

Der Anfang Oktober in der Nationalversammlung eingebrachte Gesetzentwurf sah unter anderem eine gemeinsame Besteuerung des Einkommens, Begünstigungen im Zusammenhang mit der Übernahme von Erbschaften und Mietwohnungen vor. Man war bemüht, Unterschiede zur Ehe zu wahren: So soll etwa die Registrierung der Paare über die Präfekturen, nicht in den Rathäusern erfolgen.

Das gesamte Gesetzesvorhaben führte zu einer hitzigen Debatte im Lande. Wenn auch mit unterschiedlichen Begründungen sprach sich die bürgerliche Opposition gegen das Gesetzesvorhaben aus. Den an der Regierung beteiligten Kommunisten und Grünen geht der Entwurf nicht weit genug. Mancher Abgeordnete auch der Regierungsmehrheit mußte sich von den Bürgern seines Wahlbezirkes einiges Unverständnis über den Gesetzentwurf anhören. Auch der designierte Ministerpräsident Jospin galt zunächst nicht als Freund eines solchen Gesetzesvorhabens. Selbst unter denjenigen, die in den Genuß dieses Gesetzes kommen könnten, wenn sie es denn wollten, waren die Meinungen durchaus geteilt.

Das parlamentarische Schicksal des Gesetzesvorhabens zeugt von der emotionalisierten Stimmung, mit der es insgesamt in der französischen Öffentlichkeit verfolgt wurde. Anfang Oktober scheiterte es bei der ersten Abstimmung in der

Nationalversammlung. Viele Abgeordnete der Regierungskoalition waren der Abstimmung ferngeblieben. Wen wundert's, daß die Rechte Morgenluft witterte? Sollte eine vereinte Rechte die Linke vielleicht doch schlagen können? Im November will die Regierung einen weiteren Versuch unternehmen, mit ihrem Gesetzesentwurf die erste parlamentarische Hürde zu nehmen.

Die katholische Kirche gehörte zu den Kräften im Lande, von denen der entschiedenste Widerstand gegen den Entwurf ausging. Der Ständige Rat der Bischofskonferenz sprach in einer an Deutlichkeit nicht zu überbietenden Stellungnahme von einem „unnützen und gefährlichen“ Gesetzentwurf. Nach Ansicht der Bischöfe enthält das geltende Recht ausreichende Möglichkeiten, den sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnissen derjenigen gerecht zu werden, die „nicht heiraten wollen oder können“. Mit dem Gesetzentwurf laufe man Gefahr, die Bedeutung von Ehe und Familie weiter zu verringern.

Die Bischöfe sehen durchaus, daß mit dem Gesetz offiziell keine zweite Form von Ehe eingeführt und die Institution der Ehe nicht beschädigt werden solle. In den Gesetzentwurf würden die „meisten Rechte der Ehe“ aufgenommen – freilich aber ohne die entsprechenden Verpflichtungen. Damit werde die Ehe letztlich überflüssig. Dem hinter dem Gesetzentwurf stehenden prinzipiellen Anliegen verschließen sich die Bischöfe bewußt nicht. Für unzumutbare Lebensbedingungen ließen sich jedoch angemessene Lösungen finden.

Die Bischöfe wenden sich auch gegen das ursprüngliche Anliegen, das mit dem Gesetzesvorhaben verbunden wurde: Der Einführung einer Art Heirat von Homosexuellen und dem damit verbundenen Adoptionsrecht für ein Homosexuellen-Paar. Ihr Unverständnis äußerten sie gerade mit dem Verweis auf die allseits beschworene Notwendigkeit, Jugendliche in ein Familienleben einzubinden. Es stelle einen eklatanten Widerspruch dar, einerseits Eltern an ihre soziale Aufgabe Kindern und Jugendlichen gegenüber zu erinnern und zugleich das „soziale Bild von Ehe und Familie zu schwächen“.

Folgen die Katholiken ihren Bischöfen bei deren Protest?

Die Diskussion über die Einführung eines neuen rechtlichen Status nichtehelicher Lebensgemeinschaften, unbeschadet ihrer jeweiligen sexuellen Präferenz, wurde für die Regierung Jospin zu einem Schlüsselprojekt auf dem Weg zu dem, was man gerne die Modernisierung der französischen Gesellschaft nennt.

Unabhängig davon, wie das weitere Schicksal dieses Gesetzesvorhabens in den nächsten Wochen aussieht: Ein Kommentar der katholischen Tageszeitung „La Croix“ läßt erahnen, daß dies erst der Beginn einer weiteren tiefgehenden Selbstreflexion der französischen Gesellschaft ist. Den PACS bewertete ein Leitartikler als ein Zeichen dafür, daß die Gesellschaft zunehmend darauf verzichte, deutliche Prä-

ferenzen auf dem Gebiet der Lebensformen zum Ausdruck zu bringen: Indem die Gesellschaft es ablehne, die Zukunft zu gestalten, und nur auf Wünsche des Augenblicks reagiere, „organisiert sie ihre eigene symbolische und praktische De-Strukturierung“ (La Croix, 8.10.98).

Aber auch dieses darf in dem Zusammenhang nicht übersehen werden: Die französische Bevölkerung scheint den Bischöfen beim Thema PACS nicht zu folgen. Nach einer von der katholischen Wochenzeitschrift „La Vie“ veröffentlichten Umfrage erklärten sich 53 Prozent der nach repräsentativen Kriterien ausgewählten und befragten Personen mit dem Nein der Bischöfe zur rechtlichen Anerkennung nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften „überhaupt nicht“ oder „überwiegend nicht“ einverstanden. Die Hälfte der Befragten sprach den Bischöfen zudem das Recht ab, sich in dieser Frage überhaupt einzumischen. Lediglich 34 Prozent unterstützten dagegen ganz oder überwiegend die Ansicht der Bischöfe.

Wie stark ist das Band zwischen Bischof und Bistum?

Die Auseinandersetzung um die nichtehelichen Lebensgemeinschaften und die rege kirchliche Beteiligung an ihr sind momentan jedoch wenig typisch für die Lage der Kirche in Frankreich. In den letzten Monaten war diese relativ stark mit sich selbst beschäftigt. Vor allem deshalb, weil zahlreiche Bischofssitze in den vergangenen Monaten den Inhaber wechselten, ein Revirement, wie man es in dieser Breite nicht oft erlebt. Mehrere Bischöfe verstarben im Amt: Kardinal *Jean Balland*, Erzbischof von Lyon, Bischof *Michel Moutel* von Nevers und Bischof *René Picardet* von Orléans.

Mit der großen Zahl an neuen Ernennungen zeichnet sich ein Generationenwechsel ab: Der jüngste unter den Neuer-nannten, der neue Bischof von Moulins, gehört dem Jahr-gang 1950 an. Unter den Neubesetzungen fiel auf, daß bei einer Reihe von vakanten Bischofssitzen Bischöfe von an-deren Bischofssitzen lediglich „transferiert“ wurden, ohne daß damit Wechsel (und Aufstiege) auf Erzbischofssitze ver-bunden waren: So wurde der bisherige Bischof von Soisson Bischof von Créteil, der Bischof von Viviers wechselte auf den Bischofssitz nach Nizza, der bisherige Bischof von Nancy und Toul wurde Ordinarius in Arras und der Bischof von Troyes ist seit dem Sommer Bischof von Orléans.

In zwei prominenten Fällen handelte es sich obendrein um Bischöfe, die in ihrem bisherigen Bistum nur kurze Zeit wa-ren, jeweils drei Jahre. Der bisherige Erzbischof von Aix-en-Provence und – seit 1996 – Vorsitzender der Französischen Bischofskonferenz, *Louis-Marie Billé*, wurde neuer Erzbi-schof von Lyon, und damit mit dem alten Titel des „Primas Galliae“ versehener ranghöchster französischer Bischof. Und der Erzbischof von Reims, *Gérard Defois*, wechselte – ein ungewöhnlicher Schritt – nach Lille, einem Suffragan-Bistum, als „Erzbischof-Bischof“ und wurde dort Nachfolger

Ulrike Hörster-Philipps

Joseph Wirth 1879-1956

Eine politische Biographie

1998. 938+X Seiten, Leinen mit Schutzumschlag,
DM 185,-/öS 1.351,-/sFr 164,80 ISBN 3-506-79987-2

Albrecht Langner

Katholische und evangelische Sozialethik im 19. und 20. Jahrhundert

Beiträge zu ideengeschichtlichen Entwicklungen im Spannungsfeld von Konfession, Politik und Ökumene

1998. 778 Seiten, Festeinband,
DM 128,-/öS 934,-/sFr 114,- ISBN 3-506-75111-5

Konrad Repgen

Dreißigjähriger Krieg und Westfälischer Friede Studien und Quellen

Hrsg. von *Franz Bosbach* und *Christoph Kampmann*

1998. XXII+889 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag,
DM 178,-/öS 1.299,-/sFr 158,50 ISBN 3-506-73382-6

Gunda Brüske

Anruf der Freiheit

Anthropologie bei Romano Guardini

1998. 336 Seiten, kart.,
DM 88,-/öS 642,-/sFr 78,50 ISBN 3-506-71805-3

Joseph Görres:

Gesammelte Schriften

Bd. XVII: Schriften zum Kölner Ereignis 1:

Athanasius

bearbeitet von *Heinz Hürten*

1998. XX+187 Seiten, geb.,
DM 68,-/öS 496,-/sFr 60,80 ISBN 3-506-73517-9

Dirk Schlochtermeyer

Bistumschroniken des Hochmittelalters

Die politische Instrumentalisierung von Geschichtsschreibung

1998. 222 Seiten, Festeinband,
DM 68,-/öS 496,-/sFr 60,80 ISBN 3-506-77898-6

Basil Studer

Schola christiana

Die Theologie zwischen Nizäa und Chalcedon

1998. XIV+335 Seiten, Festeinband,
DM 88,-/öS 642,-/sFr 78,50 ISBN 3-506-78758-6

Thomas Schieder

Weltabenteuer Gottes

Die Gottesfrage bei Hans Jonas

1998. 291 Seiten, kart.,
DM 78,-/öS 569,-/sFr 69,50 ISBN 3-506-70198-3

von Bischof *Jean Vilnet*, einem früheren Vorsitzenden der Französischen Bischofskonferenz.

Erzbischof Billé konnte sich in dem Zusammenhang einer kritischen Anmerkung über die vatikanische Ernennungspolitik nicht enthalten: In einem Zeitungsinterview gab er zu bedenken, daß „das sakramentale Band eines Bischofs an seine Diözese sehr stark“ sei und eine „bestimmte Dauerhaftigkeit“ voraussetze. „Den Episkopat wird man nicht nur einfach neu zusammenstellen können. Man muß ihn erneuern“ (La Croix, 4.9.98).

Erneuern müssen sich in Frankreich nicht nur Staat und Gesellschaft. Anstöße für die Erneuerung der Kirche gaben der Brief der Bischöfe an die Katholiken (vgl. HK, Juni 1997, 283 ff.) und die überraschenden Erfahrungen bei den Weltjugendtagen vor gut einem Jahr (vgl. HK, Oktober 1997,

500 ff.). Wenn sich die Bischöfe bei ihrer Vollversammlung in Lourdes vor einem Jahr mit der missionarischen Dimension des Glaubens und dem Verhältnis von Christen und Muslimen beschäftigten, dann geht es auch in jedem dieser Themen um das Bemühen um ein erneuertes, verändertes Verständnis der Präsenz von Glauben, Kirche und Christentum unter heutigen Bedingungen.

Ob es um die Anerkennung nichtehelicher Lebensformen und eine humane, aber auch bezahlbare Sozialpolitik geht, um die Suche nach einer nationalen Rolle zwischen der kleinen Weltmacht von gestern und der Integration in ein Europa der Vaterländer oder um die Veränderungen der religiös-kirchlichen Landschaft – Frankreich weiß darum, daß am Wandel kein Weg vorbeiführt. Der Weg dorthin wird jedoch allenfalls tastend gegangen.

Klaus Nientiedt

Jenseits der Arbeitsgesellschaft?

Sozialethische Maßstäbe für eine Zeit des Umbruchs

Das Problem der Massenarbeitslosigkeit stand im Mittelpunkt des Bundestagswahlkampfes 1998. Darüber hinaus kreist die gesellschaftlich-politische Diskussion seit längerem um die Frage, wie sich die moderne Arbeitsgesellschaft weiterentwickelt. Ein wissenschaftliches Symposium in München bemühte sich um Antworten.

Arbeit ist für den Menschen nicht nur das wichtigste Mittel der individuellen Existenzsicherung, sondern auch für sein Selbstverständnis und seine gesellschaftliche Anerkennung von großer Bedeutung. Arbeit ist damit wesentlicher Bestandteil eines sinnvollen Lebensvollzuges. Die anhaltend hohe Massenarbeitslosigkeit deutet darauf hin, daß sich die traditionelle *Arbeitsgesellschaft* in den Industrieländern in einem tiefem Umbruch befindet. Aber auch in den Entwicklungsländern im Süden und den Transformationsländern im Osten stellen Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Armut die zentrale wirtschaftliche und soziale Herausforderung dar.

Für die betroffenen Menschen bedeutet Arbeitslosigkeit einen Sinnentzug und eine Verminderung ihrer Lebensqualität. Das traditionelle Konzept, Arbeitslosigkeit vor allem durch wirtschaftliches Wachstum zu bekämpfen, erweist sich immer mehr als unzureichend, wie das Phänomen des „jobless growth“ zeigt. Zudem ist ein wachstumsorientiertes Lösungsmodell nicht weltweit übertragbar, weil der damit verbundene Ressourcenverbrauch die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen zerstören würde.

Daher ist auch im Hinblick auf die globale Dimension der Arbeitslosigkeit nach neuen Wegen zu suchen, wie die gesellschaftliche Zuordnung und Verteilung von Arbeit gestaltet werden kann. Welcher Begriff von Arbeit ist einer solchen Neuorientierung zugrundezulegen? Welche anthro-

pologischen und sozialethischen Maßstäbe müssen dabei berücksichtigt werden, und welche politischen Handlungsperspektiven ergeben sich daraus? Das Forschungs- und Studienprojekt der Rottendorf-Stiftung an der Hochschule für Philosophie in München hat sich auf dem wissenschaftlichen Symposium „Arbeit im Umbruch: Sozialethische Maßstäbe für die Arbeitswelt von morgen“ am 26./27. Juni 1998 mit diesen Fragen befaßt und im interdisziplinären Gespräch nach möglichen Antworten gesucht.

Worin liegt der Sinn des menschlichen Tätigseins?

Gerd Haeffner (Professor für Philosophische Anthropologie, München) skizzierte einige grundlegende Elemente einer Anthropologie der Arbeit. Ausgangspunkt seiner „anthropologischen Besinnung“ bildete die Erarbeitung einer Definition von Arbeit, da das Wort „Arbeit“ inklusiv der verschiedenen Abwandlungen sehr vielfältig verwendet wird. Das Subjekt der Aussagen philosophischer Anthropologie ist der einzelne Mensch, so daß die „menschliche Tätigkeit“ die Basis eines solchen Begriffes darstellt, den Haeffner folgendermaßen einführte: „Eine regelmäßig in sehr ähnlicher Weise vollzogene, oft mühevoll menschliche Tätigkeit, die einen beträchtlichen Teil der aktivitätsfähigen Lebenszeit